

Gesetz vom, mit dem das Burgenländische Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetz 2016 geändert wird

Der Landtag hat beschlossen:

Das Burgenländische Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetz 2016 - Bgld. BPMG 2016, LGBl. Nr. 73/2016, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 74/2023, wird wie folgt geändert:

1. Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:

a) Nach dem Eintrag zu § 2 wird folgender Eintrag eingefügt:

**„1a. Abschnitt
Bereitstellung von Bauprodukten auf dem Markt**

§ 2a Bereitstellung von Bauprodukten auf dem Markt“

b) Nach dem Eintrag zu § 16 wird folgender Eintrag eingefügt:

**„4a. Abschnitt
Ergänzende Bestimmungen über das Inverkehrbringen und die Bereitstellung auf dem Markt
sowie die Inbetriebnahme von energieverbrauchsrelevanten Bauprodukten**

§ 16a Anwendungsbereich

§ 16b Inverkehrbringen und Bereitstellung auf dem Markt oder Inbetriebnahme von Bauprodukten, für die Ökodesign-Anforderungen gelten

§ 16c Ökodesign-Anforderungen

§ 16d Konformitätsbewertung, EG- bzw. EU-Konformitätserklärung

§ 16e CE-Kennzeichnung

§ 16f Aufklärung der Verbraucherinnen und Verbraucher“

c) Nach der Abschnittsüberschrift zum 6. Abschnitt wird folgender Eintrag eingefügt:

**„1. Unterabschnitt
Allgemeine Bestimmungen“**

d) Nach dem Eintrag zu § 21 entfällt der Eintrag „§ 22 Kostentragung“ und folgender Eintrag wird eingefügt:

**„2. Unterabschnitt
Ergänzende Bestimmungen für energieverbrauchsrelevante Bauprodukte**

§ 22 Marktüberwachung bei energieverbrauchsrelevanten Bauprodukten

§ 22a Konformitätsvermutung bei Bauprodukten, für die Ökodesign-Anforderungen gelten

§ 22b Maßnahmen der Marktüberwachungsbehörde bei Bauprodukten, für die Ökodesign-Anforderungen gelten

§ 22c Freier Warenverkehr“

e) Nach der Abschnittsüberschrift zum 8. Abschnitt wird folgender Eintrag eingefügt:

„§ 25a Kostentragung“

2. Nach § 2 Abs. 2 wird folgender Abs. 2a eingefügt:

„(2a) Die Begriffsbestimmungen nach Art. 2 der Richtlinie 2009/125/EG zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte und nach Art. 2 der Verordnung (EU) Nr. 2017/1369 zur Festlegung eines Rahmens für die Energieverbrauchskennzeichnung werden durch dieses Gesetz nicht berührt, sie gelten auch im Anwendungsbereich dieses Gesetzes. Für Begriffe, die nach Art. 2 der Richtlinie 2009/125/EG, nach Art. 2 der Verordnung (EU) Nr. 2017/1369 und nach Art. 3 der Verordnung (EU) Nr. 2019/1020 unterschiedlich definiert sind, gelten im Anwendungsbereich dieses Gesetzes die Begriffsbestimmungen nach Art. 3 der Verordnung (EU) Nr. 2019/1020.“

3. Nach dem 1. Abschnitt wird folgender 1a. Abschnitt samt Abschnittsüberschrift eingefügt:

**„1a. Abschnitt
Bereitstellung von Bauprodukten auf dem Markt“**

4. Nach der Überschrift zum 1a. Abschnitt wird folgender § 2a eingefügt:

**„§ 2a
Bereitstellung von Bauprodukten auf dem Markt**

(1) Bauprodukte, für die

1. eine harmonisierte europäische Norm vorliegt, die in der Baustoffliste ÖE (§ 13) angeführt ist, oder
2. eine Europäische technische Bewertung (ETA) vorliegt, die auf Basis eines in der Baustoffliste ÖE angeführten Europäischen Bewertungsdokuments (EAD) oder einer in der Baustoffliste ÖE angeführten Leitlinie für europäische technische Zulassungen (ETAG), die als EAD verwendet wird, ausgestellt wurde,

dürfen nur auf dem Markt bereitgestellt werden, wenn sie die CE-Kennzeichnung tragen und die erklärten Leistungen den in der Baustoffliste ÖE festgelegten Anforderungen nicht widersprechen.

(2) Bauprodukte, die in der Baustoffliste ÖA (§ 7) angeführt sind, dürfen nur auf dem Markt bereitgestellt werden, wenn sie den Bedingungen der Baustoffliste ÖA entsprechen oder nur unwesentlich davon abweichen oder für sie eine Bautechnische Zulassung (§ 15) besteht.

(3) Bauprodukte, für die eine Bautechnische Zulassung (§ 15) besteht, dürfen jedenfalls auf dem Markt bereitgestellt werden.

(4) Die Verordnung (EU) Nr. 305/2011 bleibt durch die Abs. 1 bis 3 unberührt.“

5. § 12 lautet:

**„§ 12
Anforderungen für die Verwendung**

Bauprodukte, für die

1. eine harmonisierte europäische Norm vorliegt, die in der Baustoffliste ÖE (§ 13) angeführt ist, oder
2. eine Europäische technische Bewertung (ETA) vorliegt, die auf Basis eines in der Baustoffliste ÖE angeführten Europäischen Bewertungsdokuments (EAD) oder einer in der Baustoffliste ÖE angeführten Leitlinie für europäische technische Zulassungen (ETAG), die als EAD verwendet wird, ausgestellt wurde,

dürfen nur verwendet werden, wenn sie den in der Baustoffliste ÖE festgelegten Leistungsanforderungen oder Verwendungsbestimmungen entsprechen und die CE-Kennzeichnung tragen.“

6. Nach § 16 wird folgender 4a. Abschnitt samt Abschnittsüberschrift eingefügt:

**„4a. Abschnitt
Ergänzende Bestimmungen über das Inverkehrbringen und die Bereitstellung auf dem Markt sowie die Inbetriebnahme von energieverbrauchsrelevanten Bauprodukten“**

7. Nach der Überschrift zum 4a. Abschnitt werden folgende §§ 16a bis 16f eingefügt:

**„§ 16a
Anwendungsbereich**

(1) Die Bestimmungen dieses Abschnitts gelten für energieverbrauchsrelevante Bauprodukte.

(2) Die Bestimmungen dieses Abschnitts gelten nur für Wirtschaftsakteure von energieverbrauchsrelevanten Bauprodukten mit Sitz im Burgenland.

(3) Ein Bauprodukt ist energieverbrauchsrelevant, wenn seine Nutzung den Verbrauch von Energie in irgendeiner Weise beeinflusst; dies gilt auch für Teile, die zum Einbau in ein unter diesen Abschnitt fallendes energieverbrauchsrelevantes Bauprodukt bestimmt sind oder als Einzelteil für Endverbraucher und Endverbraucherinnen in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen werden und getrennt auf ihre Umweltverträglichkeit geprüft werden können.

(4) Durch die Bestimmungen dieses Abschnitts werden Anforderungen an die Energieverbrauchskennzeichnung nach der Verordnung (EU) Nr. 2017/1369 zur Festlegung eines Rahmens für die Energieverbrauchskennzeichnung nicht berührt.

§ 16b

Inverkehrbringen und Bereitstellung auf dem Markt oder Inbetriebnahme von Bauprodukten, für die Ökodesign-Anforderungen gelten

(1) Eine Wirtschaftsakteurin oder ein Wirtschaftsakteur darf energieverbrauchsrelevante Bauprodukte, für die Ökodesign-Anforderungen (§ 16c) gelten, nur dann in Verkehr bringen, auf dem Markt bereitstellen oder in Betrieb nehmen, wenn

1. sie den für sie festgelegten Ökodesign-Anforderungen (§ 16c) entsprechen;
2. für sie eine EG- bzw. EU-Konformitätserklärung (§ 16d) ausgestellt wurde; und
3. sie die CE-Kennzeichnung (§ 16e) tragen, und
4. sie den Anforderungen an die Energieverbrauchskennzeichnung nach der Verordnung (EU) Nr. 2017/1369 zur Festlegung eines Rahmens für die Energieverbrauchskennzeichnung entsprechen.

(2) Die Importeurin oder der Importeur eines energieverbrauchsrelevanten Bauprodukts, für das Ökodesign-Anforderungen (§ 16c) gelten, muss

1. sicherstellen, dass das in Verkehr gebrachte oder in Betrieb genommene energieverbrauchsrelevante Bauprodukt den Ökodesign-Anforderungen (§ 16c) entspricht,
2. für dieses Produkt die erforderliche EG- bzw. EU-Konformitätserklärung (§ 16d) und die technische Dokumentation zur Verfügung stellen,
3. sicherstellen, dass dieses Produkt die CE-Kennzeichnung (§ 16e) trägt; und
4. sicherstellen, dass dieses Produkt den Anforderungen an die Energieverbrauchskennzeichnung nach der Verordnung (EU) Nr. 2017/1369 entspricht.

Diese Verpflichtungen der Importeurinnen und Importeure gelten, sofern die Herstellerin oder der Hersteller des Bauprodukts sowie deren Bevollmächtigter nicht in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraumes niedergelassen ist.

(3) Bei Messen, Ausstellungen, Vorführungen und dgl. ist es zulässig, energieverbrauchsrelevante Bauprodukte zu zeigen, die den Bestimmungen des Abs. 1 oder Abs. 2 nicht entsprechen, sofern deutlich sichtbar darauf hingewiesen wird, dass sie erst in Verkehr gebracht oder in Betrieb genommen werden dürfen, wenn die Voraussetzungen nach Abs. 1 oder Abs. 2 vorliegen.

§ 16c

Ökodesign-Anforderungen

(1) Ökodesign-Anforderungen sind Anforderungen an ein Produkt oder seine Gestaltung, die durch von der Europäischen Kommission gemäß Art. 15 der Richtlinie 2009/125/EG erlassene Durchführungsmaßnahmen oder ergänzend durch Verordnung der Landesregierung (Abs. 2) festgelegt werden.

(2) Die Landesregierung kann mit Verordnung Ökodesign-Anforderungen für energieverbrauchsrelevante Bauprodukte festlegen, sofern dies zur Umsetzung des Rechts der Europäischen Union erforderlich ist. Dabei können Hersteller und Herstellerinnen oder ihre Bevollmächtigten, die Bauteile oder Baugruppen in Verkehr bringen oder in Betrieb nehmen, auch verpflichtet werden, dem Hersteller oder der Herstellerin eines von den Ökodesign-Anforderungen erfassten Bauprodukts relevante Angaben zur Materialzusammensetzung sowie zum Verbrauch von Energie, Materialien oder Ressourcen hinsichtlich der betreffenden Bauteile oder Baugruppen zu machen.

(3) In einer Verordnung nach Abs. 2 müssen Ökodesign-Anforderungen so festgelegt werden, dass die Marktüberwachungsbehörde deren Einhaltung prüfen kann. In der Verordnung muss weiters angegeben werden, ob eine Überprüfung entweder direkt am Produkt oder anhand der technischen Unterlagen vorgenommen werden kann.

§ 16d

Konformitätsbewertung, EG- bzw. EU-Konformitätserklärung

(1) Die Herstellerin oder der Hersteller bzw. deren Bevollmächtigte müssen sicherstellen, dass vor dem Inverkehrbringen oder der Inbetriebnahme eines energieverbrauchsrelevanten Bauprodukts, für das Ökodesign-Anforderungen (§ 16c) gelten, die Konformität des Produkts mit allen einschlägigen Anforderungen bewertet wird.

(2) Sofern nichts anderes bestimmt ist, hat die Herstellerin oder der Hersteller hinsichtlich des Konformitätsbewertungsverfahrens die Wahl zwischen der in Anhang IV der Richtlinie 2009/125/EG beschriebenen internen Entwurfskontrolle und dem in Anhang V der Richtlinie 2009/125/EG beschriebenen Managementsystem.

(3) Für jedes energieverbrauchsrelevante Bauprodukt, für das Ökodesign-Anforderungen (§ 16c) gelten, ist eine EG- bzw. EU-Konformitätserklärung auszustellen, mit der die Herstellerin oder der Hersteller oder deren Bevollmächtigte zusichern, dass das Produkt allen einschlägigen Bestimmungen der Ökodesign-Anforderungen entspricht.

(4) Die EG- bzw. EU-Konformitätserklärung muss die in Anhang VI der Richtlinie 2009/125/EG genannten Angaben enthalten und auf die einschlägigen Ökodesign-Anforderungen verweisen.

(5) Nach dem Inverkehrbringen oder der Inbetriebnahme eines energieverbrauchsrelevanten Bauprodukts, für das Ökodesign-Anforderungen (§ 16c) gelten, hat der Hersteller oder die Herstellerin bzw. deren Bevollmächtigte die Unterlagen zur Konformitätsbewertung und die abgegebenen Konformitätserklärungen bis zum Ablauf von zehn Jahren nach Herstellung des letzten Exemplars dieses Produkts für die Marktüberwachungsbehörde zur Einsicht bereitzuhalten. Die Unterlagen sind der Marktüberwachungsbehörde innerhalb von zehn Tagen nach Aufforderung vorzulegen.

(6) Die in Anhang IV der Richtlinie 2009/125/EG genannten Unterlagen zur Konformitätsbewertung und die Konformitätserklärung sind jedenfalls auch in deutscher Sprache abzufassen.

§ 16e

CE-Kennzeichnung

(1) Vor dem Inverkehrbringen oder der Inbetriebnahme haben die Herstellerin oder der Hersteller oder deren Bevollmächtigte das energieverbrauchsrelevante Bauprodukt, für das Ökodesign-Anforderungen (§ 16c) gelten, mit der CE-Kennzeichnung zu versehen und die EG- bzw. EU-Konformitätserklärung (§ 16d) beizufügen.

(2) Mit der CE-Kennzeichnung nach Abs. 1 wird die Konformität des Bauprodukts mit den Ökodesign-Anforderungen (§ 16c) bescheinigt. Die CE-Kennzeichnung besteht aus den Buchstaben „CE“ gemäß dem Muster in Anhang III der Richtlinie 2009/125/EG.

(3) Am Produkt darf keine Kennzeichnung angebracht werden, die die Nutzer und Nutzerinnen über die Bedeutung oder die Gestalt der CE-Kennzeichnung täuschen kann.

§ 16f

Aufklärung der Verbraucherinnen und Verbraucher

Herstellerinnen oder Hersteller energieverbrauchsrelevanter Bauprodukte, für die Ökodesign-Anforderungen (§ 16c) gelten, haben sicherzustellen, dass die Nutzer über folgende Aspekte unterrichtet werden:

1. die Rolle, die sie bei der nachhaltigen Nutzung des betreffenden Produkts spielen können;
2. das ökologische Profil des betreffenden Produkts und die Vorteile des Ökodesigns, falls dies in den Ökodesign-Anforderungen vorgesehen ist.“

8. *Nach der Überschrift zum 6. Abschnitt wird folgender 1. Unterabschnitt samt Überschrift eingefügt:*

„1. Unterabschnitt

Allgemeine Bestimmungen“

9. § 18 lautet:

„§ 18

Anwendungsbereich

(1) Bauprodukte, die den Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union unterliegen, unterliegen der Marktüberwachung nach der Verordnung (EU) Nr. 2019/1020 sowie den Bestimmungen dieses Unterabschnitts.

(2) Bauprodukte, die nicht den Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union unterliegen, unterliegen der Marktüberwachung nach den sinngemäß anzuwendenden Bestimmungen der Art. 16 Abs. 1 bis 5, Art. 17, 18 und 19 Abs. 1 erster Satz und Abs. 2 der Verordnung (EU) Nr. 2019/1020 sowie den Bestimmungen dieses Unterabschnitts, ausgenommen dem § 19 Abs. 2 Z 1 und 10.“

10. § 19 lautet:

„§ 19

Marktüberwachungsbehörde

(1) Das Österreichische Institut für Bautechnik ist mit der Wahrnehmung der Aufgaben als Marktüberwachungsbehörde und den Befugnissen einer Marktüberwachungsbehörde nach Art. 14 der Verordnung (EU) Nr. 2019/2010, ausgenommen dessen Abs. 3 lit. c, betraut.

(2) Die Marktüberwachungsbehörde ist mit den Tätigkeiten einer Marktüberwachungsbehörde nach Art. 11 der Verordnung (EU) Nr. 2019/1020 betraut und hat insbesondere folgende Aufgaben der Marktüberwachung wahrzunehmen:

1. Erstellung, Durchführung und Aktualisierung von Programmen zur aktiven Marktüberwachung;
2. Behandlung von Beschwerden oder von Berichten über Gefahren, die mit Bauprodukten verbunden sind;
3. Kontrolle der Merkmale und der Kennzeichnung von Bauprodukten und die Prüfung ihrer Gefahrengeneignetheit, erforderlichenfalls auch auf Baustellen;
4. Information und Warnung der Öffentlichkeit vor gefährlichen Bauprodukten;
5. Marktüberwachungsmaßnahmen, insbesondere jene gemäß Art. 16 der Verordnung (EU) Nr. 2019/1020;
6. Aufforderung an betroffene Wirtschaftsakteurinnen oder Wirtschaftsakteure, geeignete Korrekturmaßnahmen zu treffen;
7. Überprüfung der Durchführung der Korrekturmaßnahmen;
8. Setzung von beschränkenden Maßnahmen, insbesondere bei Bauprodukten, von denen ein ernstes Risiko ausgeht;
9. Setzung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Kontrolle von in den Unionsmarkt eingeführten Bauprodukten;
10. Kooperation und Informationsaustausch mit der zentralen Verbindungsstelle gemäß Art. 10 der Verordnung (EU) Nr. 2019/1020, den innerstaatlichen Marktüberwachungsbehörden anderer Sektoren, den Baubehörden und den Zollbehörden, mit den Behörden anderer Mitgliedstaaten sowie mit der Europäischen Kommission.

(3) Marktüberwachungsmaßnahmen gemäß Art. 16 der Verordnung (EU) Nr. 2019/1020 können bei Bauprodukten, von denen ein ernstes Risiko ausgeht und die ein rasches Einschreiten erfordern, als Maßnahmen unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt ohne vorangegangenes Verwaltungsverfahren ergriffen werden.

(4) Die Marktüberwachungsbehörde hat Maßnahmen nach Abs. 2 Z 6 bis 9 und Abs. 3 dann zu treffen, wenn sich der Hauptwohnsitz oder der Sitz des betroffenen Wirtschaftsakteurs oder der Wirtschaftsakteurin im Burgenland befindet. Bei Bauprodukten nach § 18 Abs. 2 sind diese Befugnisse beschränkt auf Wirtschaftsakteure und Wirtschaftsakteurinnen, die solche Bauprodukte in Österreich auf dem Markt bereitstellen.

(5) Die Marktüberwachungsbehörde hat die Öffentlichkeit in geeigneter Weise, etwa im Internet auf ihrer Homepage, über ihre Aufgaben und die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme zu informieren.

(6) Die Marktüberwachungsbehörde hat der Landesregierung zur Überprüfung und Bewertung der Marktüberwachungsmaßnahmen jährlich einen Bericht über ihre Tätigkeit zu übermitteln.“

11. In § 21 wird in Abs. 1 Z 2 die Wortfolge „III. Kapitels der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 sowie der Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 305/2011“ durch die Wortfolge „V. und VI. Kapitels der Verordnung (EU) Nr. 2019/1020 und dieses Abschnitts“ und in Abs. 3 wird die Wortfolge „nach den Art. 22 bis 26 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008“ durch die Wortfolge „und die Amtshilfe nach den Art. 20 und 22 bis 24 der Verordnung (EU) Nr. 2019/1020 und Art. 12 der Richtlinie 2009/125/EG“ ersetzt.

12. Nach § 21 wird folgender 2. Unterabschnitt samt Überschrift eingefügt:

„2. Unterabschnitt

Ergänzende Bestimmungen für energieverbrauchsrelevante Bauprodukte“

13. § 22 lautet:

„§ 22

Marktüberwachung bei energieverbrauchsrelevanten Bauprodukten

(1) Bauprodukte, die von der Verordnung (EU) Nr. 2017/1369 und den einschlägigen delegierten Rechtsakten erfasst sind, unterliegen der Marktüberwachung nach den Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 2019/1020; das Österreichische Institut für Bautechnik ist hierfür auch Marktüberwachungsbehörde (§ 19).

(2) Die Marktüberwachungsbehörde für Bauprodukte (§ 19 Abs. 1) ist im Rahmen ihrer Kontrollbefugnisse auch befugt,

1. in angemessenem Umfang geeignete Kontrollen hinsichtlich der Übereinstimmung energieverbrauchsrelevanter Bauprodukte mit den Bestimmungen des 4a. Abschnitts, insbesondere mit den Ökodesign-Anforderungen (§ 16c) und den einschlägigen Bestimmungen der Rechtsakte zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG, durchzuführen,
2. von den Betroffenen sämtliche notwendigen Informationen anzufordern, und
3. Proben von energieverbrauchsrelevanten Bauprodukten zu nehmen und diese einer Prüfung auf Übereinstimmung mit den Bestimmungen des 4a. Abschnitts, insbesondere mit den Ökodesign-Anforderungen (§ 16c) und den einschlägigen Bestimmungen der Rechtsakte zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG, zu unterziehen.

(3) Die Marktüberwachungsbehörde hat Verbraucherinnen, Verbrauchern und anderen Betroffenen auf geeignete Weise Gelegenheit zu geben, Bemerkungen hinsichtlich der Konformität der Produkte vorzubringen.

(4) Liegen der Marktüberwachungsbehörde deutliche Anhaltspunkte dafür vor, dass ein Bauprodukt, für das Ökodesign-Anforderungen (§ 16c) gelten, den einschlägigen Bestimmungen nicht entspricht, so hat die Marktüberwachungsbehörde unverzüglich eine mit Gründen versehene Bewertung der Nichtübereinstimmung dieses Produkts auf geeignete Weise (zB im Internet) zu veröffentlichen.

(5) Die Marktüberwachungsbehörde hat der Europäischen Kommission laufend Informationen über die Ergebnisse der Marktüberwachung hinsichtlich energieverbrauchsrelevanter Bauprodukte zu übermitteln.“

14. Nach § 22 werden folgende §§ 22a bis 22c eingefügt:

„§ 22a

Konformitätsvermutung bei Bauprodukten, für die Ökodesign-Anforderungen gelten

(1) Wurde ein energieverbrauchsrelevantes Bauprodukt mit der in § 16e vorgesehenen CE-Kennzeichnung versehen, so ist davon auszugehen, dass es den einschlägigen Ökodesign-Anforderungen entspricht.

(2) Wurde ein energieverbrauchsrelevantes Bauprodukt nach harmonisierten Normen hergestellt, deren Fundstellen im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht wurden, so ist davon auszugehen, dass es allen einschlägigen Ökodesign-Anforderungen (§ 16c) entspricht, auf die sich diese Normen beziehen.

(3) Wurde ein energieverbrauchsrelevantes Bauprodukt mit einem anderen, den Ökodesign-Anforderungen (§ 16c) entsprechenden gemeinschaftlichen Umweltzeichen nach der Verordnung (EG) Nr. 1980/2000 versehen, so ist davon auszugehen, dass es den Ökodesign-Anforderungen entspricht.

(4) Wurde ein energieverbrauchsrelevantes Bauprodukt, für das Ökodesign-Anforderungen (§ 16c) gelten, von einer Organisation entworfen,

1. die nach den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagementsystem und die Umweltbetriebsprüfung eingetragen ist, und schließt die Eintragung die Entwurfstätigkeit ein, oder
2. die über ein Managementsystem verfügt, das die Entwurfstätigkeit einschließt und wird dieses System nach harmonisierten Normen umgesetzt, deren Fundstellen im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht wurden,

so ist jeweils davon auszugehen, dass das Managementsystem die entsprechenden Anforderungen nach Anlage V der Richtlinie 2009/125/EG erfüllt.

(5) Durch Abs. 1 bis 4 werden die Kontrollbefugnisse der Marktüberwachungsbehörde (§§ 19 und 22) nicht berührt.

§ 22b

Maßnahmen der Marktüberwachungsbehörde bei Bauprodukten, für die Ökodesign-Anforderungen gelten

- (1) Stellt die Marktüberwachungsbehörde fest, dass ein energieverbrauchsrelevantes Bauprodukt, das
1. mit der CE-Kennzeichnung nach § 16e versehen ist, bei bestimmungsgemäßer Verwendung nicht alle für dieses Produkt geltenden einschlägigen Ökodesign-Anforderungen (§ 16c) erfüllt, oder
 2. unter einen delegierten Rechtsakt nach der Verordnung (EU) Nr. 2017/1369 fällt, nicht allen einschlägigen Anforderungen hinsichtlich des Etiketts und des Datenblatts entspricht, die in den Bestimmungen der delegierten Rechtsakte festgelegt sind,

so hat sie den Hersteller oder die Herstellerin bzw. deren Bevollmächtigte mit Bescheid zu verpflichten, dafür zu sorgen, dass das Produkt in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen gebracht oder dass es gegebenenfalls zurückgerufen oder vom Markt genommen wird.

(2) Ist ein energieverbrauchsrelevantes Bauprodukt mit der CE-Kennzeichnung nach § 16e versehen worden, ohne dass die Voraussetzungen hierfür vorliegen, oder liegen ausreichende Hinweise dafür vor, dass ein energieverbrauchsrelevantes Bauprodukt nicht den Bestimmungen des 4a. Abschnitts oder den in Abs. 1 genannten Anforderungen entsprechen könnte, so hat die Marktüberwachungsbehörde die erforderlichen Maßnahmen mit Bescheid anzuordnen, solange das Produkt den einschlägigen Bestimmungen oder Anforderungen nicht entspricht; die Maßnahmen können je nach Schwere des Verstoßes und der dadurch verursachten Schäden bis zum Verbot des Inverkehrbringens und der Inbetriebnahme des Bauprodukts reichen. Überdies hat die Marktüberwachungsbehörde mit Bescheid die Beseitigung der CE-Kennzeichnung auf diesen Bauprodukten anzuordnen, wenn die Herstellerin oder der Hersteller oder deren Bevollmächtigte die Produkte nicht innerhalb einer angemessenen Frist wieder in Übereinstimmung mit den Bestimmungen über die CE-Kennzeichnung bringt.

(3) Besteht die Nichtübereinstimmung weiter, so hat die Marktüberwachungsbehörde das Inverkehrbringen oder die Inbetriebnahme des betreffenden Bauprodukts mit Bescheid zu untersagen oder einzuschränken bzw. dafür zu sorgen, dass es vom Markt genommen wird.

(4) Die Marktüberwachungsbehörde hat Maßnahmen nach den Abs. 1 bis 3 dann zu treffen, wenn sich der Sitz der betreffenden Herstellerin oder des Herstellers, ihrer Bevollmächtigten oder der Lieferantin oder des Lieferanten im Burgenland befindet.

(5) Wird das Inverkehrbringen oder die Inbetriebnahme eines energieverbrauchsrelevanten Bauprodukts verboten oder ist es vom Markt zu nehmen, so sind die Europäische Kommission und die anderen Mitgliedsstaaten unverzüglich davon zu unterrichten. In begründeten Fällen sind geeignete Maßnahmen zur Wahrung der Vertraulichkeit der übermittelten Informationen zu treffen. Die getroffenen Entscheidungen sind der Öffentlichkeit auf geeignete Weise (zB im Internet) zugänglich zu machen.

(6) Nach Abs. 3 getroffene Maßnahmen sind der Europäischen Kommission unverzüglich unter Angabe der Gründe mitzuteilen. Es ist insbesondere anzugeben, ob es sich bei der Nichtübereinstimmung um einen der folgenden Fälle handelt:

1. Nichterfüllung der Ökodesign-Anforderungen (§ 16c);
2. fehlerhafte Anwendung harmonisierter Normen;
3. Unzulänglichkeiten in den harmonisierten Normen.

§ 22c

Freier Warenverkehr

(1) Das Inverkehrbringen oder die Inbetriebnahme von energieverbrauchsrelevanten Bauprodukten, für die Ökodesign-Anforderungen (§ 16c) gelten, darf nicht unter Berufung auf Ökodesign-Parameter nach Anhang I Teil 1 der Richtlinie 2009/125/EG untersagt, beschränkt oder behindert werden, wenn das Produkt allen einschlägigen Bestimmungen der jeweils geltenden Durchführungsmaßnahme gemäß Art. 15 der Richtlinie 2009/125/EG entspricht und mit der CE-Kennzeichnung (§ 16e) versehen ist.

(2) Das Inverkehrbringen oder die Inbetriebnahme von energieverbrauchsrelevanten Bauprodukten, die mit der CE-Kennzeichnung (§ 16e) versehen sind und für die in den Bestimmungen nach § 16b Abs. 1 oder 2 vorgesehen ist, dass für bestimmte Ökodesign-Parameter nach Anhang I Teil 1 der Richtlinie

2009/125/EG keine Ökodesign-Anforderungen erforderlich sind, darf nicht unter Berufung auf solche Ökodesign-Anforderungen untersagt, beschränkt oder behindert werden.“

15. Nach der Überschrift zum 8. Abschnitt wird folgender § 25a eingefügt:

„§ 25a

Kostentragung

(1) Wurden von der Marktüberwachungsbehörde im Rahmen ihrer Tätigkeit Proben genommen, sind diese nach Abschluss des Verfahrens auf Verlangen der Wirtschaftsakteurin oder des Wirtschaftsakteurs zurückzugeben. Ist dies nicht möglich, so hat die Marktüberwachungsbehörde eine Probenentschädigung in der Höhe des Einstandspreises zu leisten. Kann der Einstandspreis nicht festgestellt werden, ist als Entschädigung der halbe Endverkaufspreis festzusetzen. Für Gegenproben ist keine Entschädigung zu leisten. Kommt es zu keiner Einigung über die Höhe der Entschädigung, so ist darüber mit Bescheid zu entscheiden.

(2) Führt die Kontrolle eines Bauprodukts gemäß den Bestimmungen dieses Gesetzes zu dem Ergebnis, dass das Bauprodukt nicht im Einklang mit den Vorschriften der Europäischen Union oder mit sonstigen Rechtsvorschriften betreffend Bauprodukte steht, so entfallen die Rückgabe der Probe und die Entschädigung nach Abs. 1. Die für die Kontrolle anfallenden Kosten sind der Wirtschaftsakteurin oder dem Wirtschaftsakteur mit Bescheid vorzuschreiben.

(3) Die für die Kontrolle eines Bauprodukts anfallenden Kosten sind mit Bescheid der Einschreiterin oder dem Einschreiter aufzuerlegen, wenn die Kontrolle zu dem Ergebnis führt, dass das Bauprodukt im Einklang mit den Vorschriften der Europäischen Union oder mit sonstigen Rechtsvorschriften betreffend Bauprodukte steht und die Kontrolle durch ihr oder sein Verschulden verursacht wurde.“

16. § 26 lautet:

„§ 26

Strafbestimmungen

(1) Eine Verwaltungsübertretung begeht, wer

1. ein Bauprodukt entgegen den Bestimmungen des § 2a auf dem Markt bereitstellt;
2. eine Leistungserklärung entgegen den Art. 4 bis 7 der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 nicht erstellt, fälschlich erstellt oder diese nicht zur Verfügung stellt;
3. den Verpflichtungen nach den Art. 11 bis 16 der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 nicht nachkommt;
4. ein Bauprodukt ohne erforderliche CE-Kennzeichnung in Verkehr bringt oder auf dem Markt bereitstellt;
5. ein Bauprodukt, für das als Nachweis der Verwendbarkeit ein Einbauzeichen ÜA erforderlich ist, ohne dieses Einbauzeichen ÜA auf dem Markt bereitstellt oder verwendet;
6. ein Bauprodukt mit CE-Kennzeichnung oder mit Einbauzeichen ÜA in Verkehr bringt oder auf dem Markt bereitstellt, ohne dass die Voraussetzungen dafür gegeben sind;
7. ein Bauprodukt in Verkehr bringt oder auf dem Markt bereitstellt, dessen CE-Kennzeichnung oder Einbauzeichen ÜA falsche oder mangelhafte Angaben enthält;
8. ein Bauprodukt in Verkehr bringt oder auf dem Markt bereitstellt, das mit einer Kennzeichnung versehen ist, die mit der CE-Kennzeichnung oder mit dem Einbauzeichen ÜA verwechselt werden kann;
9. ein Bauprodukt in Verkehr bringt oder auf dem Markt bereitstellt, das nicht den Bestimmungen einer für dieses Bauprodukt erteilten Bautechnischen Zulassung entspricht;
10. sonst ein Bauprodukt mit falschen Angaben oder Deklarationen in Verkehr bringt oder auf dem Markt bereitstellt;
11. ein energieverbrauchsrelevantes Bauprodukt, für das Ökodesign-Anforderungen gelten, entgegen den Bestimmungen des § 16b Abs. 1, 2 oder 4 in Verkehr bringt oder in Betrieb nimmt;
12. den Verpflichtungen nach § 16b Abs. 2 Z 1, 2 oder 4 nicht nachkommt;
13. bei Messen, Ausstellungen, Vorführungen und dgl. der Hinweispflicht nach § 16b Abs. 3 nicht nachkommt;
14. vor dem Inverkehrbringen oder der Inbetriebnahme eines energieverbrauchsrelevanten Bauprodukts, für das Ökodesign-Anforderungen gelten, entgegen den Bestimmungen des § 16d das Konformitätsbewertungsverfahren nicht durchführt;

15. die Unterlagen zur Konformitätsbewertung und die Konformitätserklärung entgegen den Bestimmungen des § 16 Abs. 5 nicht zur Einsicht bereithält oder nach Aufforderung vorlegt oder die Unterlagen zur Konformitätsbewertung und die Konformitätserklärung entgegen dem § 16d Abs. 6 nicht in deutscher Sprache abfasst;
16. ein Bauprodukt, das zur Verwendung in Hausinstallationen vorgesehen ist und mit Wasser für den menschlichen Gebrauch in Berührung kommt, entgegen der Bestimmung des § 17a verwendet;
17. einem Auftrag nach § 17e nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt;
18. an einem energieverbrauchsrelevanten Bauprodukt, für das Ökodesign-Anforderungen gelten, entgegen dem § 16e eine CE-Kennzeichnung anbringt, ohne dass die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen oder eine CE-Kennzeichnung anbringt, die nicht den Bestimmungen des § 16e Abs. 2 entspricht;
19. an einem energieverbrauchsrelevanten Bauprodukt, für das Ökodesign-Anforderungen gelten, entgegen § 16e Abs. 3 ein Kennzeichen anbringt, durch das Personen hinsichtlich der Bedeutung oder der Gestalt der CE-Kennzeichnung getäuscht werden könnten;
20. die Nutzer und Nutzerinnen entgegen den Verpflichtungen nach § 16f nicht unterrichtet;
21. ein Bauprodukt entgegen § 17 Abs. 1 in Verkehr bringt oder entgegen § 17 Abs. 3, 4 und 5 auf dem Markt bereitstellt sowie der Mitteilungspflicht nach § 17 Abs. 2 nicht nachkommt;
22. den Verpflichtungen nach Art. 3 bis 6 oder Art. 11 Abs. 13 der Verordnung (EU) Nr. 2017/1369 nicht nachkommt;
23. den in Entscheidungen, ausgenommen Entscheidungen nach § 25a, getroffenen Anordnungen der Marktüberwachungsbehörde nicht nachkommt.

(2) Einer Kennzeichnung am Bauprodukt gemäß Abs. 1 Z 4 bis 10 ist die Anbringung der Kennzeichnung auf einer Datenplakette, auf der Verpackung oder in Begleitunterlagen gleichzuhalten.

(3) Eine Verwaltungsübertretung ist von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe von mindestens 2 500 Euro bis höchstens 50 000 Euro, im Fall der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe mit einer Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Wochen, zu bestrafen.

(4) Übertretungen nach Abs. 1 sind, soweit der dadurch geschaffene rechtswidrige Zustand anhält, Dauerdelikte. Die Frist für die Verfolgungsverjährung beginnt ab Herstellung des rechtskonformen Zustands zu laufen.

(5) Geldstrafen nach Abs. 1 fließen dem Österreichischen Institut für Bautechnik zu und sind für Zwecke der Marktüberwachung von Bauprodukten zu verwenden.

(6) Bauprodukte, auf die sich eine Verwaltungsübertretung nach Abs. 1 Z 1, 3 bis 14, 18, 19 und 21 bezieht, können für verfallen erklärt werden, wenn die Wirtschaftsakteurin oder der Wirtschaftsakteur nicht sicherstellt, dass diese Bauprodukte nicht auf dem Markt bereitgestellt werden.“

17. Dem § 27 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) Das Inhaltsverzeichnis, § 2 Abs. 2a, 1a. Abschnitt samt Abschnittsüberschrift sowie § 2a, § 12, 4a. Abschnitt samt Abschnittsüberschrift sowie §§ 16a bis 16f, 1. Unterabschnitt samt Überschrift, §§ 18, 19 und 21 Abs. 1 und 3, 2. Unterabschnitt samt Überschrift sowie §§ 22, 22a bis 22c und §§ 25a, 26 sowie 29 in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx treten mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft.“

18. § 29 lautet:

„§ 29

Umsetzungshinweis

(1) Mit diesem Gesetz werden folgende Verordnungen durchgeführt:

1. Verordnung (EU) Nr. 305/2011 zur Festlegung harmonisierter Bedingungen für die Vermarktung von Bauprodukten, ABl. Nr. L 88 vom 04.04.2011, S. 5;
2. Verordnung (EG) Nr. 765/2008 über die Vorschriften für die Akkreditierung und Marktüberwachung im Zusammenhang mit der Vermarktung von Produkten, ABl. Nr. L 218 vom 13.08.2008, S. 30;
3. Verordnung (EU) Nr. 2019/1020 über Marktüberwachung und die Konformität von Produkten sowie zur Änderung der Richtlinie 2004/42/EG und der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 und (EU) Nr. 305/2011, ABl. Nr. L 169 vom 25.06.2019, S. 1;

4. Verordnung (EU) Nr. 2017/1369 zur Festlegung eines Rahmens für die Energieverbrauchskennzeichnung und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/30/EU, ABl. Nr. L 198 vom 28.07.2017, S. 1.

(2) Durch dieses Gesetz werden folgende Richtlinien umgesetzt:

1. Richtlinie 2009/125/EG zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte, ABl. Nr. L 285 vom 31.10.2009, S. 10,
2. Richtlinie 2013/59/Euratom zur Festlegung grundlegender Sicherheitsnormen für den Schutz vor den Gefahren einer Exposition gegenüber ionisierender Strahlung und zur Aufhebung der Richtlinie 89/618/Euratom, 90/641/Euratom, 96/29/Euratom, 97/43/Euratom und 2003/122/Euratom, ABl. Nr. L 13 vom 17.01.2014 S. 1;
3. Richtlinie (EU) 2020/2184 über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch, ABl. Nr. L 435 vom 23.12.2020 S. 1.

Vorblatt

Problem:

Das Burgenländische Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetz 2016, LGBl. Nr. 73/2016 beinhaltet insbesondere die zwischen den Ländern abgeschlossenen Vereinbarungen gemäß Art. 15a B-VG über die Marktüberwachung von Bauprodukten, LGBl. Nr. 46/2010, und über die Zusammenarbeit im Bauwesen sowie die Bereitstellung von Bauprodukten auf dem Markt und deren Verwendung, LGBl. Nr. 43/2013. Zudem wurde eine nationale Bautechnische Zulassung eingeführt und es wurden die geltenden Bestimmungen betreffend die Beteiligung des Landes Burgenland am Österreichischen Institut für Bautechnik (OIB) neu gefasst.

Die neue EU-Marktüberwachungsverordnung (Verordnung (EU) 2019/1020) gilt seit dem 16. Juli 2021. Da sich die bisherigen Verweise im Burgenländischen Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetz 2016 auf die Verordnung (EG) Nr. 765/2008 beziehen, sind diese Verweise an die neue EU-Marktüberwachungsverordnung anzupassen.

Der Anwendungsbereich der nunmehr aufzunehmenden Richtlinie 2009/125/EG „Ökodesign-Richtlinie“ bezieht sich auf alle energieverbrauchsrelevanten Produkte. Dabei handelt es sich gemäß der Definition in Art. 2 Z 1 „um Gegenstände, deren Nutzung den Verbrauch von Energie in irgendeiner Weise beeinflusst.“ Damit sind neben Geräten, die Energie verbrauchen, erzeugen, übertragen oder messen, auch Produkte erfasst, die selbst keine Energie verbrauchen, aber während ihrer Nutzung den Verbrauch von Energie beeinflussen, wie beispielsweise Isoliermaterialien und Fenster (vgl. Erwägungsgrund 4 der RL 2009/125/EG).

Die „Ökodesign-Richtlinie“ gibt weiters lediglich einen Rahmen für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte vor und enthält selbst keine spezifischen Produktanforderungen (Ökodesign-Anforderungen). Diese werden von der Europäischen Kommission, unterstützt durch einen Ausschuss, in sogenannten Durchführungsmaßnahmen jeweils für einzelne Produktgruppen festgelegt. Der Entwurf umfasst aus diesem Grunde die Festlegung zusätzlicher Anforderungen für das Inverkehrbringen oder die Inbetriebnahme von energieverbrauchsrelevanten Bauprodukten, für die Ökodesign-Anforderungen gelten sowie Schaffung zusätzlicher Bestimmungen für deren Marktüberwachung.

In Umsetzung der Richtlinie 2009/125/EG zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte („Ökodesign-Richtlinie“) ist es daher erforderlich, zusätzliche Bestimmungen für das Inverkehrbringen oder die Inbetriebnahme von energieverbrauchsrelevanten Bauprodukten, für die Ökodesign-Anforderungen gelten, und als Bauprodukte im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 anzusehen sind, somit in die Regelungskompetenz des Landes fallen, in das Burgenländische Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetz zu implementieren.

Daneben ist es auch geboten, die für energieverbrauchsrelevante Bauprodukte spezifischen Bestimmungen der Marktüberwachung, die über die bereits bestehenden allgemeinen Aufgaben und Kontrollbefugnisse der Marktüberwachungsbehörde für Bauprodukte hinausgehen, zu ergänzen.

Es ist darauf hinzuweisen, dass für energieverbrauchsrelevante Produkte eine Bundeskompetenz insofern (weiterhin) besteht, als ein unlöslicher Zusammenhang mit einem Sachgebiet gegeben ist, das die Verfassung als Hauptsache der Zuständigkeit des Bundes vorbehält.

Die Rahmenverordnung (EU) Nr. 2017/1369 zur Energieverbrauchskennzeichnung ersetzt seit Anfang August 2017 die Richtlinie 2010/30/EU; deren Bestimmungen sind daher unmittelbar anwendbar. Die Energieverbrauchskennzeichnung versetzt Kunden in die Lage, sachkundige Entscheidungen auf der Grundlage des Energieverbrauchs von energieverbrauchsrelevanten Produkten zu treffen. Es besteht daher ein enger Zusammenhang zwischen Ökodesign und Energielabel. So werden in dieser EU-Verordnung Pflichten für Lieferanten und Händler geregelt, ebenso Details zu den Anforderungen an die Etiketten und Produktdatenblätter. Außerdem wurde ein Online-Portal mit Produktdaten (Registrierungsdatenbank) eingerichtet, um einerseits die Verbraucher zu informieren und andererseits den Marktüberwachungsbehörden einen schnellen Zugriff auf die Unterlagen zur Konformitätsbewertung zu ermöglichen.

Diese Verordnung sieht nun in Artikel 8 Abs. 1 für energieverbrauchsrelevante Produkte, die von der Verordnung (EU) Nr. 2017/1369 und den einschlägigen delegierten Rechtsakten erfasst sind, eine Marktüberwachung nach Artikel 16 bis 29 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 vor. Im Hinblick auf diese energieverbrauchsrelevanten Bauprodukte wird daher zur Klarstellung, aber auch um Rechtssicherheit zu gewährleisten, die bisherige Marktüberwachung durch das OIB entsprechend den Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 im Burgenländischen Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetz 2016

ergänzt. Außerdem ist für einen wirksamen Vollzug dieser EU-Verordnung die Aufnahme von Strafbestimmungen erforderlich.

Die Zuständigkeit des Landesgesetzgebers zur Erlassung eines dem vorliegenden Entwurf entsprechenden Gesetzes ergibt sich aus Art. 15 Abs. 1 B-VG. Nach dieser Kompetenzbestimmung verbleibt eine Angelegenheit im selbständigen Wirkungsbereich der Länder, soweit sie nicht ausdrücklich durch die Bundesverfassung der Gesetzgebung oder auch der Vollziehung des Bundes übertragen ist.

Ziel:

Anpassung an die EU-Marktüberwachungsverordnung und die Festlegung zusätzlicher Anforderungen für das Inverkehrbringen oder die Inbetriebnahme von energieverbrauchsrelevanten Bauprodukten, für die Ökodesign-Anforderungen gelten sowie Schaffung zusätzlicher Bestimmungen für deren Marktüberwachung und die Ergänzung entsprechender Strafbestimmungen.

Lösung:

Novellierung des Burgenländischen Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetzes 2016

Alternativen:

Keine

Finanzielle Auswirkungen:

Dem Bund und den Gemeinden entstehen keine Kosten. Für das Land hat die beabsichtigte Regelung voraussichtlich folgende Auswirkungen: Die Richtlinie 2009/125/EG sieht Erweiterungen im Regulierungsumfang in einzelnen Bereichen des Burgenländischen Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetzes 2016 vor, wobei aus der Marktüberwachung durch das Österreichische Institut für Bautechnik (OIB) zusätzliche finanzielle Auswirkungen auf den Landeshaushalt resultieren. Da diese Kosten unter den Ländern anteilmäßig aufzuteilen sind, ist mit gewissen Mehrkosten für das Land zu rechnen, die derzeit allerdings noch nicht abgeschätzt werden können.

Auswirkungen in umweltpolitischer Hinsicht, insbesondere Klimaverträglichkeit:

Die vorgeschlagenen Regelungen haben keine Auswirkungen in umweltpolitischer Hinsicht.

Auswirkungen auf die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft, insbesondere auf Frauen und Männer:

Die vorgeschlagenen Regelungen haben keine unterschiedlichen Auswirkungen auf Frauen und Männer

Verhältnis zu den Rechtsvorschriften der Europäischen Union:

Mit dem Entwurf soll die Verordnung (EU) Nr. 2017/1369 zur Festlegung eines Rahmens für die Energieverbrauchskennzeichnung und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/30/EU durchgeführt und die Richtlinie 2009/125/EG zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte, ABl. Nr. L 285 vom 31.10.2009, S. 10, umgesetzt werden (CELEX Nr. 32009L0125). Weiters erfolgen Anpassungen an die EU-Marktüberwachungsverordnung (Verordnung (EU) Nr. 2019/1020).

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Keine. Es ist gemäß § 3 Abs. 4 Z 1 und 6 des Burgenländischen Notifikationsgesetzes - Bgld. NotifG kein Informationsverfahren erforderlich.

Erläuterungen

Zu Z 1 (Inhaltsverzeichnis):

Das Inhaltsverzeichnis wird im Hinblick auf die umzusetzenden Bestimmungen der „Ökodesign-Richtlinie“ ergänzt.

Zu Z 2 (§ 2 Abs. 2a):

Die Begriffsbestimmungen des derzeit geltenden Bauprodukte- und Marktüberwachungsgesetzes werden um die Begriffsbestimmungen sowohl hinsichtlich der „Ökodesign-Richtlinie“ als auch der „Ökodesign-Verordnung“ ergänzt.

Zu Z 3, 4 und 5 (Abschnittsüberschrift, §§ 2a und 12):

Eine neue Abschnittsüberschrift wird eingefügt. Die §§ 2a und 12 entsprechen den Art. 18 und 24 der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Zusammenarbeit im Bauwesen sowie die Bereitstellung von Bauprodukten auf dem Markt und deren Verwendung. Nach Art. 2 Z. 10 der Bauprodukteverordnung gelten als harmonisierte technische Spezifikationen harmonisierte Normen und Europäische Bewertungsdokumente (EAD). Da aber ein EAD nicht verpflichtend anzuwenden ist (vgl. Art. 4 der Bauprodukteverordnung), entsteht die Verpflichtung zur CE-Kennzeichnung erst bei Vorliegen einer Europäischen technischen Bewertung (ETA) für ein konkretes Produkt und nicht bereits bei Vorliegen der harmonisierten technischen Spezifikation EAD. Vor diesem Hintergrund wurde in der Sitzung des Grundsatzausschusses für Rechtsfragen des Österreichischen Instituts für Bautechnik vom 23. Oktober 2020 unter TOP 5 besprochen, die Umsetzungsvorschriften zu Art. 18 der oben genannten Vereinbarung anzupassen. In der Sitzung des Sachverständigenbeirates für Baustofflisten und Zulassung des Österreichischen Instituts für Bautechnik (SVBBL) vom 5. November 2020 wurde der Vorschlag für eine entsprechende Anpassung der Umsetzungsvorschriften beschlossen. Analog zu den Umsetzungsvorschriften zu Art. 18 der genannten staatsrechtlichen Vereinbarung sind auch die Umsetzungsvorschriften zu Art. 24 entsprechend anzupassen. Mit den vorgeschlagenen Änderungen wird eine entsprechende Anregung des OIB aufgegriffen

Zu Z 6 und 7 (Abschnittsüberschrift, §§ 16a bis f):

Eine neue Abschnittsüberschrift ist notwendig und wird eingefügt.

Zu §16 a:

Bei vielen energieverbrauchsrelevanten Produkten besteht ein erhebliches Verbesserungspotential im Hinblick auf die Verringerung der Umweltauswirkungen und auf Energieeinsparungen durch bessere Gestaltung, was auch zu wirtschaftlichen Einsparungen für Unternehmen und Endverbraucher führt. Zu den „energieverbrauchsrelevanten“ Produkten gehören - neben Produkten, die Energie verbrauchen - auch Produkte, „die im Baugewerbe verwendet werden, wie Fenster und Isoliermaterialien oder einige den Wasserverbrauch beeinflussende Produkte wie Duschköpfe oder Wasserhähne“ (vgl. Erwägungsgrund 4 der Ökodesign-Richtlinie). Die Begriffsbestimmung in § 16a Abs. 3 („energieverbrauchsrelevant“) entspricht dem Art. 2 Z 1 der Ökodesign-Richtlinie. Unter „Bauteile und Baugruppen“ sind Teile zu verstehen, die zum Einbau in energieverbrauchsrelevante Produkte (hier: Bauprodukte) bestimmt sind, jedoch nicht als Einzelteile für Endnutzer in Verkehr gebracht und/oder in Betrieb genommen werden können oder deren Umweltverträglichkeit nicht getrennt geprüft werden kann (vgl. Art. 2 Z 2 der Ökodesign-Richtlinie). „Inverkehrbringen“ ist die erstmalige entgeltliche oder unentgeltliche Bereitstellung eines Produkts auf dem Markt der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraumes zur Verteilung oder zur Verwendung in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraumes, wobei die Vertriebsmethode ohne Belang ist (vgl. Art. 2 Z 4 der Ökodesign-Richtlinie). „Inbetriebnahme“ ist die erstmalige bestimmungsgemäße Verwendung eines Produkts auf dem Gemeinschaftsmarkt zur Verteilung oder zur Verwendung in der Gemeinschaft, wobei die Vertriebsmethode ohne Belang ist (vgl. Art. 2 Z 5 der Ökodesign-Richtlinie).

In § 16a Abs. 2 wird klargestellt, dass die Bestimmungen des 4a. Abschnitts über das Inverkehrbringen von energieverbrauchsrelevanten Bauprodukten (nur) für Wirtschaftsakteure anzuwenden ist, die ihren Sitz im Burgenland haben.

Zu § 16 b:

Zu Abs. 1: Mit dieser Bestimmung wird Art. 3 Abs. 1 und Art. 5 Abs. 1 der Ökodesign-Richtlinie umgesetzt. Zum Begriff des „Inverkehrbringens“ und des „Herstellers“ wird auf § 2 Abs. 2a verwiesen (vgl. auch Art. 2 Z 4 und 6 der Ökodesign-Richtlinie). Der Abs. 1 gilt nur für Hersteller mit Sitz im Burgenland (siehe § 16a Abs. 2) und nur für energieverbrauchsrelevante Bauprodukte, für die Ökodesign-Anforderungen (§ 16c) bestehen, also eine Durchführungsmaßnahme der Europäischen Kommission nach der Ökodesign-Richtlinie erlassen wurde.

Zu Abs. 2: Mit dieser Bestimmung wird Art. 4 der Ökodesign-Richtlinie umgesetzt. Zum Begriff des „Importeurs“ wird auf § 2 Abs. 2a (vgl. auch Art. 2 Z 8 der Ökodesign-Richtlinie) verwiesen. „Bevollmächtigter“ ist eine in der Gemeinschaft niedergelassene natürliche oder juristische Person, die vom Hersteller schriftlich beauftragt worden ist, in seinem Namen den mit der Ökodesign-Richtlinie verbundenen Verpflichtungen und Förmlichkeiten vollständig oder teilweise nachzukommen (siehe Art. 2 Z 7 der Ökodesign-Richtlinie). Der Abs. 2 gilt nur für Importeure mit Sitz im Burgenland (siehe § 16a Abs. 2).

Zu Abs. 3: Mit dieser Bestimmung erfolgt die Umsetzung von Art. 6 Abs. 3 der Ökodesign-Richtlinie.

Zu § 16c:

Mit § 16c werden Art. 11 und Art. 15 der Ökodesign-Richtlinie umgesetzt. In der Regel werden Durchführungsmaßnahmen der Europäischen Kommission (Art. 15 der Ökodesign-Richtlinie), mit der Ökodesign-Anforderungen an ein Produkt festgelegt werden, als Verordnung erlassen; eine solche Verordnung ist verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat. Es kann jedoch im Einzelfall erforderlich sein, mit Verordnung der Landesregierung ergänzend dazu Festlegungen zu treffen (siehe § 16c Abs. 2 und 3).

Zu § 16d:

Mit § 16 d Abs. 1 wird Art. 8 Abs. 1, mit Abs. 2 wird Art. 8 Abs. 2, mit Abs. 3 wird Art. 5 Abs. 1, mit Abs. 4 wird Art. 5 Abs. 3, mit Abs. 5 wird Art. 8 Abs. 3 und mit Abs. 6 wird Art. 8 Abs. 4 der Ökodesign-Richtlinie umgesetzt.

Zu § 16e:

§ 16e dient ebenfalls der Umsetzung des Art. 5 Abs. 1 sowie des Abs. 2 und 4 dieses Artikels der Ökodesign-Richtlinie.

Zu § 16f:

Mit dieser Bestimmung wird Art. 14 der Ökodesign-Richtlinie umgesetzt.

Zu Z 8 (Unterabschnittsüberschrift):

Es wird eine neue Unterabschnittsüberschrift eingefügt.

Zu Z 9 (§ 18):

§ 18 dient der Umsetzung der erwähnten Art. 15a Vereinbarung über die Marktüberwachung von Bauprodukten. Weiters erfolgt eine Anpassung an die EU-Marktüberwachungsverordnung. Nach Art. 3 Z 4 der Verordnung (EU) Nr. 2019/1020 umfasst Marktüberwachung die von den Behörden durchgeführten Tätigkeiten und von ihnen getroffenen Maßnahmen, durch die sichergestellt werden soll, dass die Produkte mit den Anforderungen der einschlägigen Harmonisierungs-rechtsvorschriften der Union übereinstimmen und keine Gefährdung für die Gesundheit, Sicherheit oder andere im öffentlichen Interesse schützenswerte Bereiche darstellen.

Zu Z 10 (§ 19):

In dieser Bestimmung wird grundsätzlich in Umsetzung des Art. 3 der oben genannten Art. 15a Vereinbarung über die Marktüberwachung von Bauprodukten festgelegt, dass das Österreichische Institut für Bautechnik (OIB) - eine gemeinsame Einrichtung der Länder - mit den Aufgaben einer Marktüberwachungsbehörde für Bauprodukte betraut wird (Beleihung). Es erfolgt hier wiederum eine Anpassung an die EU-Marktüberwachungsverordnung.

Der Abs. 2 enthält eine demonstrative Aufzählung derjenigen Aufgaben nach der Verordnung (EU) Nr. 2019/2010, die von der Marktüberwachungsbehörde wahrzunehmen sind.

Zu Z 11 (§ 21):

Hier erfolgt lediglich eine Anpassung an die Verordnung (EU) Nr. 2019/2010.

Zu Z 12, 13 und 14 (Unterabschnittsüberschrift, §§ 22, 22a bis 22c):

Zu § 22:

Die Marktüberwachung für energieverbrauchsrelevante Bauprodukte ist aufgrund der Vorgaben der Ökodesign-Richtlinie erforderlich. Sie erfolgt durch das Österreichische Institut für Bautechnik im Rahmen der Marktüberwachung für Bauprodukte (siehe 1. Unterabschnitt vom 6. Abschnitt) nach den ergänzenden Vorschriften der §§ 22a bis d (2. Unterabschnitt vom 6. Abschnitt).

Zu Abs. 1: Im Abs. 1 wird klargestellt, dass sich die Kontrollbefugnisse der Marktüberwachungsbehörde für Bauprodukte auch auf energieverbrauchsrelevante Bauprodukte erstrecken; In Abs. 2 Z 1 bis 3 werden

in Umsetzung von Art. 3 der Ökodesign-Richtlinie die für die Marktüberwachung energieverbrauchsrelevanter Bauprodukte spezifischen Kontrollbefugnisse ergänzend angeführt.

Abs. 2: Mit dieser Bestimmung wird Art. 3 Abs. 2 der Ökodesign-Richtlinie umgesetzt.

Abs. 3: Mit dieser Bestimmung wird Art. 3 Abs. 4 der Ökodesign-Richtlinie umgesetzt.

Abs. 5: Diese Bestimmung dient der Umsetzung von Art. 3 Abs. 3 der Ökodesign-Richtlinie.

Zu § 22a:

Zu Abs. 1 bis 3: Mit diesen Bestimmungen wird Art. 9 der Ökodesign-Richtlinie umgesetzt.

Zu Abs. 4: Mit dieser Bestimmung wird Art. 8 Abs. 2 UAbs. 3 und 4 umgesetzt.

Zu § 22b:

Mit dieser Bestimmung wird Art. 6 Abs. 1 und 2 der Ökodesign-Richtlinie umgesetzt.

Zu § 22c:

Mit dieser Bestimmung wird Art. 6 Abs. 1 und 2 der Ökodesign-Richtlinie umgesetzt.

Zu Z 15 (§ 25a):

Der ursprüngliche § 22 über die Kostentragung wird ident als § 25a eingefügt.

Zu Z 16 (§ 26):

Die Strafbestimmungen werden zur effektiven Umsetzung der Ökodesign-Richtlinie ergänzt. Zusätzlich werden Verstöße gegen Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 im Sinn eines einheitlichen Vollzugs der Vorschriften sanktioniert. Die Geldstrafe wird mit einem Mindestbetrag 2 500 Euro bis höchstens 50 000 Euro festgelegt.

Zu Z 17 (§ 27):

Diese Bestimmung regelt das Inkrafttreten mit dem der Kundmachung folgenden Tag.

Zu Z 18 (§ 29):

Im Paragrafen „Umsetzungshinweis“ werden die umzusetzenden Richtlinien und die durchzuführenden Verordnungen aktualisiert.